

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Gerichtsstand:**  
für beide Teile ist Calw

# Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Tragelohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Fernsprecher Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelshläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 257

Dienstag, den 3. November 1931

Jahrgang 104

## Die deutsch-französischen Verhandlungen

### Votschaster v. Hoersch heute bei Laval — Vor Inangriffnahme der Tributfrage Regelung der Tilgung der kurzfristigen Schulden

Paris, 3. Nov. Ministerpräsident Laval ist gestern nachmittag wieder in Paris eingetroffen. Vom Bahnhof aus begab sich Laval sofort ins Innenministerium, wo eine Besprechung mit den in Paris anwesenden Ministern stattfand. Darauf stattete Laval dem Staatspräsidenten einen Besuch ab, um ihn kurz über seine Washingtoner Besprechungen zu unterrichten.

Der Empfang des deutschen Votschasters von Hoersch ist für heute unmittelbar im Anschluß an den Ministerrat vorgesehen. Der Besprechung zwischen den beiden Staatsmännern wird auch Außenminister Briand beiwohnen. Wie verlautet, hat der Stillhalte-Ausschuss des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung Votschaster von Hoersch einen ausführlichen Fragebogen mitgegeben, der sich auf die bevorstehenden Verhandlungen mit der französischen Regierung bezieht. Dagegen dürfte der deutsche Votschaster keinerlei Anweisungen bezüglich bindender Abmachungen mitbekommen haben.

Eine Berliner Korrespondenz berichtet, daß der deutsche Votschaster von Hoersch in Paris u. a. einen Vorschlag unterbreiten werde, 7 Milliarden kurzfristige Kredite innerhalb von 10 Jahren in Jahresraten von je 700 Millionen Mark zurückzuzahlen. Von den schwebenden kurzfristigen Krediten in Höhe von 11,5 Milliarden liefen 4,5 Milliarden entweder als Rembourskredite oder in einer Weise, daß sie sich den Stillhalteverhandlungen aus volkswirtschaftlichen Gründen entziehen müßten. Für die restlichen 7 Milliarden Mark aber müsse ein Abkommen getroffen werden, das mit unserer Handelsbilanz und mit der Aufnahmefähigkeit der fremden Länder für deutsche Waren in Einklang gebracht werden könne.

Hierzu wird von unterrichteter Seite bemerkt, daß der Votschaster von Hoersch kaum den Auftrag erhalten haben dürfte, einen derartigen Vorschlag zu übermitteln. Wichtig ist hingegen, daß die Beratungen über die Ersetzung des Stillhalteabkommens durch ein endgültiges Abkommen auf einen langjährigen Zahlungssplan hinauslaufen. Die Einzelheiten dieses Zahlungssplanes stehen jedoch noch in keiner Weise fest. Alle Mitteilungen über Einzelheiten der Gesamthöhe der Verpflichtungen Deutschlands und der Höhe der Jahresrückzahlungen eilen somit den Tatsachen voraus.

**Ein offenes Wort aus England**

In seiner Besprechung der Washingtoner Verhandlungen Hoovers mit Laval weist der „Economist“, dessen Herausgeber der bekannte englische Wirtschaftssachverständige Layton ist, darauf hin, daß gehandelt werden müsse. Nur wenige Monate verblieben, bis das Stillhalte-Abkommen ablaufe. Da eine einfache Bankrott-Erklärung weitreichende Rückwirkungen auf die Banken der Gläubigerländer haben würde, müsse ein neues Abkommen für die Zukunft getroffen werden. Die heroische Anstrengung, die Deutschland während der Krise gemacht habe, um sein den Gläubigern gegebenes Wort zu halten, sei ein Beweis für Deutschlands Willen, an jedem durchführbaren Uebereinkommen mitzuarbeiten. Eine Lösung dieser Frage sei aber nur möglich, wenn ein Teil der kurzfristigen Schulden „fundiert“ werde. Das aber sei völlig unmöglich, solange die Kreditzahlungen nur vorübergehend eingestellt seien.

Das Blatt weist dann darauf hin, Deutschland könne zwar die Youngplan-Maschinerie durch Erklärung des Transferrauschusses in Gang setzen. Dann müßte der beratende Ausschuss bei der WZB. zusammentreten. Die Anrufung dieses Ausschusses sei aber nicht der richtige Weg. Der Ausschuss sei nur berechtigt, über den aufschiebenden Teil der Reparationslasten ein Gutachten abzugeben. Außerdem habe er nichts über die internationalen Schulden zu sagen. Er würde also nicht in der Lage sein, wenn man nicht seine Vollmachten erheblich erweitere, Vorschläge über die Regelung der Schulden der deutschen Privatwirtschaft zu machen. Außerdem sei darauf hinzuweisen, wie das ja auch der Baseler Ausschuss getan habe, daß die Möglichkeit, für Deutschland eine Forderungsbankleihe zu beschaffen, die Regelung der politischen Fragen voraussetze. Die ganze Frage müsse daher radikal gelöst werden. Sie gehe über den Aufgabenkreis beratender Sachverständiger hinaus und sei Aufgabe für die Staatsmänner. Man habe allgemein angenommen, daß die Washingtoner Vereinbarung der Ansicht Ausdruck gegeben habe, der nächste Schritt müsse von Deutschland kommen, aber es sei schwer, einzusehen, was für einen Schritt dann Deutschland ergreifen solle.

Diese Bemerkung des „Economist“ zeigt auf das deutliche, daß die englischen Sachverständigen und wohl auch die englische Regierung gegen eine deutsche Initiative auf Einberufung des beratenden Ausschusses bei der WZB. sind.

## Die Reichsregierung zum Rüstungsstillstand

### Forderung wirksamer Rüstungsverminderung und gleichen Rechtes auf Sicherheit

Berlin, 3. Nov. Die deutsche Regierung hat zu dem Schlusstermin des 1. November, an dem die Antworten auf den Vorschlag eines Rüstungsstillstandes eingegangen sein müssen, in einem Schreiben an den Völkerbundsrat ihre Stellungnahme bekanntgegeben. Das Schreiben lautet:

In dem Bestreben, jede Maßnahme zu unterstützen, die die Arbeiten der Abrüstungskonferenz erleichtern könnte, erklärt sich die deutsche Regierung bereit, den am 20. September 1931 von der Völkerbundversammlung vorgeschlagenen einjährigen Rüstungsstillstand anzunehmen. Sie tut dies in der Annahme, daß die Antworten der anderen Regierungen, deren Mitteilung sie entsprechend dem Rat am 20. September d. J. angenommenen Bericht entgegensteht, ebenfalls eine Zustimmung ohne wesentliche Vorbehalte enthalten.

Als Vertreter eines Landes, das bereits auf Grund vertraglicher Bindungen seine Rüstungen auf ein Mindestmaß herabsetzen mußte, lege ich Wert darauf, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die durch den einjährigen Rüstungsstillstand sich ergebende Begrenzung der Rüstungen auf den gegenwärtigen Stand nur als vorbereitender Schritt zur Erleichterung der Verhandlungen der kommenden Abrüstungskonferenz, nicht als eine Maßnahme zur Erfüllung der ihr gestellten Aufgabe angesehen werden kann. Denn diese besteht nicht in einer Stabilisierung des gegenwärtigen Rüstungsstandes; sie umfaßt vielmehr vor allem eine wirksame Rüstungsverminderung bei den hoch gerüsteten Staaten, die von dem Grundgedanken der Gleichberechtigung und des gleichen Rechtes auf nationale Sicherheit für alle Signatarstaaten ausgehen muß.

**Weitere Zusagen zum Rüstungsstillstand.**

Am Montag morgen hat das Völkerbundsekretariat noch vier weitere Zusagen zum Rüstungsstillstand empfangen, und zwar von England, Estland, Litauen und Polen. Portugal hat seine Zustimmung bereits angemeldet.

Das „Rüstungsstillstand“ geht auf eine Anregung des italienischen Außenministers Grandi in der Bundesversammlung des Völkerbundes vom September zurück, die dann von den skandinavischen Staaten sowie Holland und der Schweiz zu einem direkten Vorschlag ausgearbeitet wurde. Der Vorschlag, der u. a. vorsah, daß auch keine Neu- und Ersatzbauten für die Marine vorgenommen werden dürften, sofern sie nicht bereits geplant waren, enthält eine formelle Verpflichtung aller Völkerbundstaaten. Er stieß jedoch auf erheblichen Widerstand der französischen Gruppe. Den vereinten Anstrengungen der übrigen Staaten, insbesondere Deutschlands, Italiens, Englands und der Vereinigten Staaten gelang es jedoch, den französischen Widerstand abzubauen. Allerdings konnte man sich nur auf die allgemeine Verpflichtung einigen, die „Gesamtanstrengungen auf dem Rüstungsgebiet bis zum 1. November 1932 nicht zu erhöhen“. Ersatzbauten usw. sind daher auch innerhalb des Rüstungsstillstandes unbegrenzt möglich. Nicht einmal der Maßstab der Haushaltsbegrenzung auf den gegenwärtigen Stand wurde als bindend anerkannt. Der militärische Wert des Rüstungsstillstandes ist somit gleich Null.

**Das Flottenbaufestjahr in Amerika in Kraft gesetzt**

Die amerikanische Regierung hat das Flottenbaufestjahr am Montag in Kraft gesetzt. Es werden lediglich noch fünf seit längerer Zeit bestellte Zerstörer gebaut. Die Entscheidung wird jedoch hinfällig, wenn der Völkerbund nach Eingang der noch ausstehenden Antworten das allgemeine Rüstungsstillstand nicht offiziell erklärt.

### Verksammlungsverbot in Preußen

Berlin, 3. Nov. Das preussische Innenministerium hat am Montag auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der öffentlichen Ruhe und Ordnung für das gesamte Gebiet des Freistaates Preußen alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Bisher konnten alle derartigen Versammlungen nach eingeholter Genehmigung stattfinden.

## Tages-Spiegel

Der französische Ministerpräsident Laval wird heute den deutschen Votschaster v. Hoersch zu einer Vorbesprechung über die einzuleitenden deutsch-französischen Verhandlungen empfangen.

Wie verlautet, wird man in Berlin nicht eher in eine Erweiterung des Youngplanes und der Kriegsschulden eintreten, bis die Grundlagen der deutschen Wirtschaft gesichert sind. Zunächst muß die Frage der Tilgung der kurzfristigen Schulden gelöst werden.

Die deutsch-französischen Besprechungen können nur bedingten Charakter haben, da dahinter der gesamte Problemlösungskomplex der europäischen Wirtschaft- und Geldkrise steht.

Die Reichsregierung hat zugleich mit ihrer Zustimmung zu einem Rüstungsstillstand eine wirksame Rüstungsverminderung und gleiches Recht auf Sicherheit für alle Paktunterzeichner gefordert.

In amtlichen Sowjetkreisen ist erklärt worden, daß Rußland eine Bürgschaft für die polnische Westgrenze nicht übernehmen könne.

Der Erlaß einer wirtsch. Notverordnung zur Vereinfachung der Staatsverwaltung, die vom Staatspräsidenten schon für Ende Oktober in Aussicht gestellt worden war, wird nunmehr bestimmt für Mitte November erwartet.

## Das Endergebnis der englischen Wahlen

558 : 57

London, 3. Nov. Am Montag wurde das letzte Wahlergebnis veröffentlicht. Das neue englische Parlament setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

**Für die Nationalregierung:**

Konservative	472
Liberalen Nationalisten	35
Nationale Liberale	33
Nationale Arbeiterpartei	13
Nationale Unabhängige	3

**Gegen die Nationalregierung:**

Arbeiterpartei	49
Unabhängige Arbeiterpartei	3
Unabhängige Liberale	4

Außerdem sind noch 3 Unabhängige im Parlament, von denen die beiden irischen Nationalisten in den meisten Fällen zur Regierung und der dritte zur Opposition gerechnet werden können. Die Regierung verfügt also über 558, die Opposition über 57 Stimmen.

### Der Haushaltsausschuß einberufen

Berlin, 3. Nov. Der Haushaltsausschuß des Reichstages ist zum 19. November einberufen worden. Die Tagesordnung ist sehr umfangreich. Sie enthält nicht weniger als 50 Einzelpunkte. Die Erledigung des Beratungsstoffes wird mehrere Wochen in Anspruch nehmen. U. a. werden die Anträge auf Einführung einer Pensionshöchstgrenze und auf Abänderung der letzten Notverordnung behandelt werden.

### Die Zukunft der Dithilfe

Berlin, 3. Nov. In den Besprechungen zwischen dem Reich und Preußen über die Dithilfe hat sich, nach einer ergänzenden Meldung Berliner Blätter, die Notwendigkeit einer methodischen Umstellung in wesentlichen Punkten ergeben. Um die bisherige bürokratische Behandlung der Umschuldungsanträge zu beschleunigen, werde künftig die erste Prüfung der Anträge nicht mehr von den Landesstellen, sondern zunächst bei der Bank für Industrieobligationen stattfinden, die die erforderlichen Gelder bereitstellen müsse und erst danach werde die Bestätigung der Behörden eingeholt. Bis jetzt seien von den zahlreichen eingegangenen Anträgen, die einen Gesamtbetrag von 570 Millionen Mark erforderten, 3000 Fälle positiv entschieden und 26 Millionen bewilligt worden. Aus den verschiedenen Mitteln der Dithilfe, besonders auch aus der Bank für Industrieobligationen, ständen etwa 550 Millionen zur Verfügung. Da infolge des Absinkens der Agrarpreise sehr viel mehr Betriebe bedürftig geworden seien als ursprünglich anzunehmen war, müsse die Hilfsaktion stark ausgedehnt werden. Man werde auch die erstgestellten Hypotheken mit in die Umschuldung einbeziehen, dafür aber viel schärfer als bisher zwischen sanierungsfähigen und sanierungsunfähigen Betrieben unterscheiden. Selbst dann würde sich aber bei einer Einbeziehung der ersten Hypotheken noch ein Mehrbedarf von etwa 150 Millionen Mark gegenüber den bisher bereitgestellten Beträgen im Laufe der nächsten vier Jahre ergeben.

## Die Korridorfrage

II. Königsberg, 2. Nov. Die Königsberger Allgemeine Zeitung schreibt, hat der konservative Abgeordnete und frühere Unterstaatssekretär im englischen Auswärtigen Amt, Major Vocker Sampson, auf die Anfrage des Blattes einem Mitglied des Londoner Büros einer ausländischen Agentur in einer Unterredung über die durch die Mussolini-Erklärung in den Vordergrund gerückte Frage des Weichselkorridors folgendes erklärt:

Deutschland hat Grund, sich zu beklagen, solange Polen auf seinen Ansprüchen besteht, obwohl den Polen von ihren Freunden erklärt wird, in Erinnerung an ihr eigenes früheres Geschick maßvoll zu sein. Auch die Reparationen müssen verschwinden. Jede internationale Konferenz, die ihre Abschaffung zum Ziele hat, muß gleichzeitig auch die Grenzbestimmungen nachprüfen, die eine eiternde Wunde bilden und eine Verletzung des wahren Friedensgesetzes darstellen.

Der frühere thüringische Staatsminister Dr. Fric forderte in einer Versammlung der Nationalsozialistischen Partei in Danzig, daß die deutsche Regierung nunmehr offiziell die Rückgabe des polnischen Korridorgebietes verlangen müsse. Nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker solle eine Abstimmung im Gebiete des Danziger Freistaates abgehalten und dem Willen der Danziger Bevölkerung nach Rückkehr zum Reich endlich Rechnung getragen werden.

## Fortsetzung der Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz

Zu den deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen ist am Sonntag folgende amtliche schweizerische Mitteilung veröffentlicht worden: Die deutsche Gesandtschaft hat am 1. November dem eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement zur Kenntnis gebracht, daß die Reichsregierung bereit sei, die für die Kündigung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages bestehende Frist von 3 auf 2 Monate herabzusetzen, um so den Beweis zu geben, daß die deutsche Regierung keine Möglichkeit unverzagt lassen will, einen Druck zu vermeiden. Die Annahme dieses Vorschlages würde gestatten, im Laufe des November die Verhandlungen fortzusetzen, ohne daß dadurch der Ablauf einer eventuellen Kündigungsfrist verschoben würde.

### Vor deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen

Der deutsch-italienische Handelsvertrag gibt seit längerer Zeit zu Beanstandungen Anlaß. Die Verhandlungen, die in dieser Frage zwischen der deutschen und italienischen Regierung geführt worden sind, dürften nunmehr dazu führen, daß eine gewisse Revision des deutsch-italienischen Handelsvertrages ins Auge gefaßt wird. Wie verlautet, ist beabsichtigt, eine deutsch-italienische Abordnung einzusetzen, die diese Frage klären soll.

## Verhandlungspartner Frankreich

Frankreich „verständigungsbereit“ — aber ohne jeden Verzicht.

Die Pariser Presse beschäftigt sich sehr eingehend mit den bevorstehenden deutsch-französischen Besprechungen. Der „Temps“ betont, man müsse Deutschland schon heute auf die Strömung in Frankreich aufmerksam machen, die gegen jede Regelung gerichtet sei, die den Verzicht auf den Youngplan und das Opfer der Tribute zum Ziele hätte. Die Entschlossenheit, mit der Frankreich seine Rechte und Interessen verteidige, sei um so notwendiger, als man im Augenblick überhaupt nicht wisse, mit welchem Deutschland man es zu tun habe.

Erste Besprechung deutscher und französischer Gewerkschaftsvertreter im Gemischten Ausschuss

Die Vertreter französischer und deutscher Gewerkschaften, die dem deutsch-französischen Wirtschaftsausschuss angehören, sind letzte Woche in Paris zu einer ersten Besprechung zusammengetreten. Bei der Zusammenkunft wurde die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Sinne einer Verminderung der Arbeitslosenkrise erörtert.

## Die tschechischen Wirtschaftspläne

— Wien, 2. Nov. Während man in Prag die Nachricht über ein Angebot Benedek an Österreich zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit dementiert, erklären die „Wiener Neuesten Nachrichten“: „Wenn auch die Darstellung dieser Meldungen der Form nach unrichtig wäre, so habe zweifellos Benedek die österreichische Regierung wissen lassen, daß er angesichts der Wirtschaftskrise eine österreichische Initiative erwartet, die auf eine enger wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Tschechoslowakei hinfiele. Der Standpunkt, den die österreichische Bundesregierung und auch die Regierung Benedek einnimmt, ist der, daß Österreich keine Kombination ohne Deutschland in Betracht ziehen wird.“

## Vorübergehende Aufhebung der Arbeitslosenversicherung?

II. Berlin, 2. Nov. Der Vorstand des Reichsstädtebundes hat in seiner letzten Vorstandssitzung beschlossen, sich der vom Landgemeindevorband vor einigen Wochen aufgestellten Forderung nach einer vorübergehenden Aufhebung der Arbeitslosenversicherung anzuschließen. Bei dieser Forderung der beiden großen Gemeindevorände wird keineswegs die Aufhebung jeder Unterstützung der Arbeitslosen beabsichtigt. Die Verbände stehen auf dem Standpunkt, daß die vorübergehende Aufhebung der Arbeitslosenversicherung — wobei die Betonung auf das Wort „Vorübergehend“ gelegt wird — sich aus der bereits eingetretenen Durchlöcherung des Versicherungsprinzips rechtfertigt.

Durch die vorübergehende Aufhebung der Versicherung würde der Zustand wiederhergestellt werden, wie er bis 1927 vor der Einführung des Versicherungsgrundgesetzes bestand, nämlich die reine Fürsorgehilfe. Es ist anzunehmen, daß diese Angelegenheit einen Beratungspunkt der gemeinsamen Verhandlungen von Reich, Ländern und Gemeinden über die Finanzen der öffentlichen Hand bilden wird.

## Hitler und Brüning

Eugenberg soll ausgeschaltet werden?

Die Diskussion zwischen NSDAP und Zentrum hat jetzt einen so großen Umfang angenommen, daß ihr in allen politischen Kreisen die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird. Deutlich zu beobachten ist in den verschiedenen nationalsozialistischen Erklärungen die Absicht, dem Zentrum klar zu machen, daß man zu einem direkten Bündnis ohne Eugenberg unter gewissen Voraussetzungen bereit sein würde. Wie versichert wird, soll Hitler persönlich die Ausschaltung Eugenbergs fordern. Die Beziehungen zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten haben sich so verschärft, daß ein Versuch, durch eine vertrauliche Aussprache der führenden Persönlichkeiten eine Verständigung herbeizuführen, ergebnislos verlaufen ist. Von deutschnationaler Seite ist dabei verlangt worden, daß die herabschwebenden Äußerungen einzelner Nationalsozialisten über Eugenberg und seine Rolle beim Zustandekommen einer Rechtsregierung aufgeklärt werden und daß Auskunft darüber gegeben wird, welches Ziel die Nationalsozialistische Partei bei der politischen Auseinandersetzung mit dem Zentrum verfolgt. Die nationalsozialistischen Vertreter haben solche Auskünfte verweigert.

Daß auf diese neue Wendung hin alle möglichen Gerüchte und Kombinationen austauschen, ist sehr verständlich. Doch empfiehlt es sich, hier Vorsicht walten zu lassen. So bringt z. B. die „Welt am Montag“ einen langen Bericht über angeblich geheime Verhandlungen Hitlers mit den zuständigen Reichsbehörden, die unmittelbar vor dem Abschluß stünden. Darnach habe Hitler fest versprochen, seine SA nach der Regierungsübernahme restlos aufzulösen und zu entlassen. Auf die Befehle der Polizeipräsidentenposten in den hauptstädtlichen Städten und Ländern verzichte Hitler und wolle alle radikalen Elemente seiner Partei rücksichtslos ausschneiden. Dr. Göttsch würde in keiner Weise zu irgend einer verantwortlichen Regierungsstelle herangezogen werden. Des Weiteren soll der nationalsozialistische Führer das Programm des Reichsverbandes der deutschen Industrie „in jeder Beziehung“ sich zu eigen gemacht haben, das heißt, er würde den Abbau der Sozialversicherung, der Arbeitslosenunterstützung und des Tarifrechts stützen. Schließlich soll Hitler auch auf außenpolitischem Gebiet eine Wandlung vorbereiten. Er habe sich schon während der Anwesenheit der französischen Minister in Berlin um eine geheime Unterredung mit Laval bemüht, damals jedoch noch vergebens. Jetzt aber wolle er zur Befristung der neuen außenpolitischen Einstellung eine Reise nach Paris und London unternehmen. Hitler selbst hat nach dem Montagblatt als Termin für die Regierungsübernahme „zunächst“ Ende November genannt.

Die Volkspartei fordert Heranziehung der Nationalsozialisten zur Regierungsbeteiligung.

In einer Wählerversammlung der Deutschen Volkspartei in Gießen forderte Parteiführer Dr. Dingeldey nach einer Kritik am zweiten Kabinett Brüning die Abkehr von der Sozialdemokratie und ihren Grundthesen und Heranziehung der Nationalsozialisten zur Regierungsverantwortung. Nach dem Beispiel Englands müsse auch in Deutschland eine nationale Regierung gebildet werden, zumindest hätte der Reichskanzler mit dieser Forderung vor die Parteiführer treten müssen.

## Die Wahlen in Mecklenburg-Schwerin

— Schwerin, 2. Nov. Die gestern in Mecklenburg-Schwerin abgehaltenen Amtsvertreterwahlen werden den Landfreistagern ein völlig verändertes Bild geben. Die Nationalsozialisten haben in allen Ämtern beträchtliche Gewinne zu verzeichnen, die zwischen 20 und mehr als 100 Prozent seit den letzten Reichstagswahlen betragen. Die Sozialdemokraten haben in einigen Ämtern bis zu 40 Prozent ihrer Stimmen zum Teil an die Kommunisten und, insbesondere in den Landbezirken, auch an die Nationalsozialisten abgegeben. Die Stimmenzunahme der Kommunisten ist geringer, als man im allgemeinen erwartet hatte. Sie beträgt in einigen Ämtern zwischen 10 und 25 Prozent. Die Bürgerpartei und Wirtschaftsverbände, die durchweg in Einheitslisten zusammengestellt waren, verloren gegenüber den letzten Reichstagswahlen 20 Prozent ihres Wählerbestandes.

## Die Stillhalte-Aktion

Reichsbank-Kreditkontrollen bis Februar verlängert.

Bekanntlich hatte der Verwaltungsrat der RBB. in seiner letzten Sitzung beschlossen, seinen Anteil von 25 Millionen Dollar an dem der Reichsbank gewährten 100 Millionen Dollar-Kreditkontrollen um weitere 3 Monate, d. h. bis zum 4. Februar 1932, zu verlängern und gleichzeitig den weiter am Reichsbankkredit beteiligten Zentralnotenbanken Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten vorgeschlagen, auch ihrerseits diese Verlängerung vorzunehmen. Wie der RBB. hört, ist nunmehr auch von den genannten Banken die Zustimmung zur Verlängerung um ebenfalls drei Monate erteilt worden.

Der Reichsminister der Finanzen veröffentlicht im „Deutschen Reichsanzeiger“ vom 31. Oktober eine mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft tretende Verordnung, die sich mit dem Verbot von Notgeld befaßt.

## Notprogramm für das Gesundheitswesen

— Berlin, 2. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Als sich Anfang September die Nachrichten häuften, daß unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise auch auf dem Gebiete des Gesundheitswesens erhebliche Einschränkungen beabsichtigt würden, hat der Reichsminister des Innern die großen sozialhygienischen Reichsfachverbände aufgefordert, zur Vermeidung einer rein schematischen Verringerung der Aufgaben ein den bisherigen Leistungen und besonderen Bedürfnissen der einzelnen Arbeitsgebiete angepaßtes Notprogramm aufzustellen. Damit sollte den Verwaltungen das Material an die Hand gegeben werden, um die beabsichtigten, leider nicht zu umgehenden Einsparungen in einer Form vorzunehmen, die einen späteren Wiederaufbau nicht unnötig erschwert.

Inzwischen sind von den Fachverbänden in eingehenden Beratungen Notprogramme für die folgenden Arbeitsgebiete fertiggestellt worden: 1. Mutter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge; 2. Schulkinderfürsorge; 3. Schulzahnpflege; 4. Krüppelfürsorge; 5. Bekämpfung der Tuberkulose; 6. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Der Reichsminister des Innern hat diese Vorschläge soden den Landesregierungen, den Spitzenorganisationen der öffentlichen und freien Fürsorge, den Sozialversicherungsträgern und der Ärzteschaft zur Verfügung gestellt.

## Kleine politische Nachrichten

Haushaltsauschuss des Reichstags am 19. November. Der Haushaltsauschuss des Reichstags wird voraussichtlich am Montag, dem 19. November, seine Beratungen aufnehmen. Die Sozialdemokraten legen großen Wert darauf, daß zunächst das Pensionskürzungsgezet zur Verhandlung kommt. Der Ausschuss wird am ersten Sitzungstage seinen Arbeitsplan aufstellen und auch zahlreiche andere Gegenstände in den Bereich seiner Beratungen ziehen. Man nimmt an, daß er zunächst bis Weihnachten durchzugen wird und daß ihm dann im Januar der neue Reichshaushaltsplan überwiesen werden wird.

Wieviel Deutsche leben auf der Erde? Nach neueren statistischen Feststellungen leben rund 95 Millionen Deutsche auf der Erde. 68 Millionen davon wohnen in Deutschland, der Rest verteilt sich, wie die „Umschau“ neuerdings berichtet, folgendermaßen: 11 Millionen Deutschsprechende in Amerika, 6,8 Millionen in Österreich, 3,5 Millionen in der Tschechoslowakei, fast 3 Millionen in der Schweiz, 1,4 Millionen in Frankreich und 1,4 Millionen in Polen. Der noch verbleibende Teil lebt hauptsächlich noch in Ungarn, Italien, Litauen und Lettland.

Ueberfiedlung des Schiedsgerichtes für Oberschlesien nach der Schweiz. Das Schiedsgericht für Oberschlesien, das nach den Bestimmungen des Genfer Abkommens seinen Sitz in Bruchsal hat, wird für die Wintermonate nach Montreux überfiedeln. Diese vorübergehende Verlegung des Schiedsgerichtes wird vornehmlich mit dem Gesundheitszustand des Präsidenten in Verbindung gebracht.

Der Ostgrönlandstreit vor dem Haager Gericht. Im Zusammenhang mit dem Ostgrönland-Prozess zwischen Dänemark und Norwegen vor dem Schiedsgericht in Haag überreichte der dänische Gesandte im Haag dem Gericht die dänische Beschwerdeschrift. Die Frist für die Einbringung der Gegenerklärung der norwegischen Regierung ist auf den 15. März 1932 festgesetzt worden.

Rußlands Zahlungsfähigkeit. Zu den Presseveröffentlichungen über die russischen Zahlungsverpflichtungen teilt der Rußlandauschuss der deutschen Wirtschaft, dessen Geschäftsführung sich beim Reichsverband der Deutschen Industrie befindet, mit, daß die über angebliche Moratoriumsverhandlungen verbreiteten Gerüchte jeder Grundlage entbehren und daß keine Gründe vorliegen, das bisherige Vertrauen zur russischen Zahlungsfähigkeit abzugeben.

2000 Stobbrigaden für den Kampf gegen das Weihnachtsfest. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Zentrale der Gottlosen-Verbände beschlossen, 2000 Stobbrigaden für den Kampf gegen das Weihnachtsfest zu bilden. Sämtliche Schulen und Lehranstalten sind angewiesen worden, besondere Veranstaltungen abzuhalten, in denen der Kampf gegen die Religion mit aller Energie durchzuführen ist. Nach einer weiteren Mitteilung sind in Sibirien im Laufe der Monate Juli bis September 41 Kirchen und 8 Synagogen geschlossen und in Kasernen, Klubs, Kinos usw. umgewandelt worden.

Der frühere südslawische Außenminister Trumbitsch verhaftet. Wie verlautet, ist der frühere südslawische Außenminister Trumbitsch in Agram verhaftet, nach Split abgehoben und dort interniert worden. Die Verhaftung erregt um so größeres Aufsehen als Trumbitsch zu den Gründern des südslawischen Königreiches gehört.

Zusammenstöße mit Regierungstruppen auf Cypern. Nach griechischen Meldungen sind bei einem Zusammenstoß zwischen Aufständischen und Regierungstruppen in Cypern 15 Personen getötet und 50 mehr oder weniger schwer verwundet worden. Ein Angriff der Aufständischen auf den Leuchtturm von Kap Greco ist von dem britischen Torpedobootzerstörer „Acasta“ abgeschlagen worden.

Gottesdienste für Cyperns Anschließungskampf. In allen Kirchen Athens wurden am Sonntag Wittgottesdienste für Cyperns Anschließungskampf abgehalten. In Saloniki und in zahlreichen anderen Städten Griechenlands fanden Sympathieumgebungen für das Brudervolk statt.

Japanischer Hauptmann in Mukden erschossen aufgefunden. Nach einer Meldung aus Mukden wurde dort die Leiche eines japanischen Hauptmanns von einer japanischen Streife auf der Straße liegend aufgefunden. Man vermutet, daß es sich um den Hauptmann des japanischen Generalstabes Jjota handelt, der nach Mukden entsandt worden war, um die politische Lage zu studieren. Nach japanischer Darstellung soll der Hauptmann von Chinesen angegriffen worden sein.

Die Wirtschaftslage in U.S.A. gebessert. In einer längeren Erklärung stellt Hoover eine wesentliche Besserung der Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten fest. Er weist darauf hin, daß das Hamstern von Zahlungsmitteln in den U.S.A. aufgehört habe, seitdem im Oktober sein Plan zur Verbesserung der Kreditverhältnisse bekannt geworden sei. 24 Millionen Dollar an gehamsterten Geldern seien zu den Banken zurückgekehrt. Die praktischen Erfolge dieser Finanzpolitik hätten darin bestanden, daß die Preise für Weizen und Baumwolle wieder hoch gegangen seien.



Pflege Deinen Hals täglich... gurgle trocken mit

**Wohlbened**

es gehört das zur Hygiene wie das Putzen Deiner Zähne

# Aus aller Welt

Dreiecker abgestürzt.

In Osabrück stieg der Flugpilot Janning mit seinem Dreiecker zu einem Propagandaflug gelegentlich der 50. Jubiläumssahrt des Ballons „Osabrück II“ des Osabrücker Luftfahrtvereins auf und führte Kunstflüge über dem Flughafen aus. Kurz nach Beendigung des Ballonstarts stürzte der Dreiecker plötzlich wegen Versagens des Motors aus etwa 300 Meter Höhe ab. Der Führer erlitt schwere Verletzungen. Das Flugzeug ist vollkommen zerstört. Damit ist der letzte Dreiecker dieser Art in Deutschland vernichtet.

Ueberfall auf einen Polizeibeamten.

In Dortmund überfielen 8 Personen im Stadtteil Hörde einen Polizeibeamten in Zivil, schlugen ihn zu Boden und traten ihn mit Füßen. Der Beamte, der in höchster Not seine Pistole zog, aber nicht zum Schuss kam, da ihm die Waffe aus der Hand geschlagen wurde, erlitt erhebliche Verletzungen am Kopf und an der Brust. Bei den Tätern handelt es sich um Mitglieder des Sportklubs „Mole Boxer“.

Einen Geldschrank am hellen Tag gestohlen.

Der amerikanische Staatsbürger Herzog von Giese-Hite, ein Vetter des französischen Thronpräsidenten, ist in Dieppe um Juwelen und Bargeld im Gesamtwert von etwa 1/2 Million Franken bestohlen worden. Der Diebstahl erregt besonderes Aufsehen, da er mit ungläublicher Frechheit durchgeführt worden ist. Der als Kunstfreund und Sammler bekannte Herzog hat sich in einem alten Stockwerk eine an Kunstschätzen reiche Wohnung eingerichtet. Im dritten Stockwerk des Gebäudes befand sich ein schwerer Geldschrank, in dem sowohl Schmucksachen, sowie 50 000 Franken in Banknoten und 50 englische Pfund aufbewahrt wurden. Diebe benutzten die Abwesenheit des Herzogs und seines Personals, um bei Tageslicht den Geldschrank zu öffnen. Sie ließen den Geldschrank auf die Straße hinab und verfrachteten ihn dort auf einen Lastkraftwagen.

Weltsteno-graphentag in Amsterdam

Bis zum Weltkriege bestand eine internationale Vereinigung der Berufsstenographen, die dann aufgelöst wurde. Jetzt sind Bestrebungen im Gange, eine neue internationale Vereinigung der Stenographen zu bilden, die alle Länder umfassen sollen. Die holländischen Stenographen haben nun an die Organisation der Berufsstenographen aller Länder eine Einladung zur Teilnahme an einem großen Weltsteno-graphentag in Amsterdam im Jahre 1933 gerichtet.

Schloßbrand in Schottland.

In Schottland brannte das alte Schloß Gaarohdaly in der Grafschaft Kirkcubright bis auf die Grundmauern nieder. Wertvolle Möbel, Gemälde und orientalische Kostbarkeiten fielen den Flammen zum Opfer. Der Schaden wird auf eine Million Reichsmark geschätzt.

6 Militärflugzeuge abgestürzt.

In Buenos Aires sind an einem Tage 6 Militärflugzeuge bei Probestüben abgestürzt. Die Insassen wurden entweder getötet oder verwundet. Die Flugzeuge waren von einer neugegründeten argentinischen Flugzeugfabrik in der Provinz Cordoba hergestellt. Die Abstürze sollen auf einen Konstruktionsfehler zurückzuführen sein.

Edisons Nachlaß

Genauere Angaben über die Höhe von Edisons Nachlaß lassen sich nicht machen, da die Werte in den verschiedenen industriellen Unternehmungen stecken. Doch wird sein Nachlaß auf 7-10 Millionen Dollar geschätzt. Haupterben sind Edisons jüngere Söhne Charles und Theodor, seine anderen vier Kinder sind im Testament nicht erwähnt. Irgendwelchen wofühligkeiten oder religiösen Vereinigungen ist nichts vermacht worden. — Im übrigen hat sich bereits eine Gesellschaft aus Henry Ford und den 6 Kindern Edisons gebildet, um seine letzte Erfindung, die Herstellung von synthetischem Gummi, auszuwerten. Das bisherige Verfahren sei noch unwirtschaftlich.

# Württembergischer Landtag

Verwendung ausländischer Arbeitskräfte.

Der Abgeordnete Winkler (S.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Auf dem landwirtschaftlichen Gut Monrepos, das dem Herzog Albrecht von Württemberg gehört, werden — wie auf weiteren größeren Gütern desselben — zahlreiche polnische Arbeiter und Arbeiterinnen verwendet, ebenso auf den Gütern des Grafen Neuhberg (Donzdorf). Auf dem Gütteil Weil, dessen Eigentümer der Prinz von Wied ist, sind sogar ganze Serbenfamilien eingestellt. Der Zweck dieser Beschäftigung von Ausländern ist der, billige Arbeitskräfte zu haben, um die Produktivität zu erhöhen. Die Frauen der Serben sind zum Teil in der Spinnerei Brühl beschäftigt. Auf diese Weise wird einheimischen Arbeitskräften der Weg zur Arbeit verperert, wodurch die Soziallasten erhöht werden, was bei der ersten Finanzlage der Gemeinden vermieden werden muß. Ich frage das Staatsministerium, ob es bereit ist, Schritte in der Richtung zu unternehmen, daß an Stelle dieser ausländischen Arbeiter einheimische Arbeitskräfte zur Verwendung gelangen.

Bauernröchter oder Stadtmädchen als Landlehrerinnen.

Die Abgeordneten Ströbel, Körner und die übrigen Mitglieder des Bauernbunds haben folgende kleine Anfrage an die Regierung gestellt: In dem Staatlichen Hauswirtschaftslehre Seminar Kirchheim u. Teck werden bei der Aufnahmeprüfung infolge des starken Zugangs die Anforderungen derart hoch gestellt, daß es Mädchen mit guter Volksschulbildung nahezu unmöglich ist, im Wettbewerb mit den Schülerinnen aus höheren Schulen die Prüfung zu bestehen. Infolgedessen werden in der Hauptsache nur Hauswirtschaftslehre rinnen ausgebildet, die aus städtischen und Beamtenkreisen stammen, während Lehrkräfte aus bäuerlichen Haushaltungen nur vereinzelt zur Ausbildung kommen. Das Seminar soll nun nicht nur für die Stadt, sondern auch für das Land Lehrkräfte ausbilden. Als Landlehrerinnen dürften aber Bauernröchter weitaus geeigneter sein wie Städlerinnen. Unter den jetzt geltenden Vorschriften werden ungewollt die Mädchen aus bäuerlichen Kreisen nahezu vollständig vom Seminar ferngehalten. Was gebietet das Kultministerium zu tun, um diesem offensichtlichen Mißstand zu begegnen?

# Aus Stadt und Land

Calw, 3. November 1931.

Vortrag in der Freien Volkskirchlichen Vereinigung

Auf Veranlassung der Freien Volkskirchlichen Vereinigung hielt am Freitagabend im Weißchen Saale Stadtpfarrer Lic. Henwein aus Stuttgart einen Vortrag über das Thema: „Was sagt die Bergpredigt uns als Staatsbürgern?“ Nach einleitenden Begründungsworten durch den Vorsitzenden der Vereinigung, Pfarrer Schüle aus Teinach, führte der Redner etwa folgendes aus: Es sind einige wenige Sätze, die sich auf das Verhalten des Christen als Staatsbürger beziehen, wie z. B. die Verse über den Scheidebrief, über die Eidesfrage, das Wiedervergeltnisrecht und die Feindschaft. Die Ansichten sind ganz verschiedene und gegensätzliche. Den einen sagt die Bergpredigt in dieser Beziehung schlechterdings nichts, den andern alles. Wegen der Stellung zu der Frage, ob der Staat von den Christen als gottgewollt zu bejahen sei, gab der Vortragende einen geschichtlichen Überblick und zeigte, wie Jesus staatenlos gewesen, aber dafür eingetreten sei, dem Staat, damals dem Kaiser, zu geben, was ihm zukomme, wie sich dagegen Paulus als römischer Bürger gefühlt und gelegentlich das römische Bürgerrecht für sich in Anspruch genommen habe. Nach dem Aufzeigen der Stellungnahme Konstantins, Augustins, Thomas v. Aquinas und Luthers ging der Redner auf das Grundsätzliche ein und lehnte zunächst die Ansicht des Prof. Vornhäuser in Marburg, wonach die Bergpredigt nichts anderes als eine An-

weisung Jesu für seine Apostel für ihren Missionsberuf gewesen sei, ganz entschieden ab. Freilich enthält die Bergpredigt keine Staatslehre, aber sind die darin enthaltenen Anweisungen Jesu für den Christen als Staatsbürger belanglos? Und was ist eigentlich der Staat? Die verschiedenen Auffassungen von dem Staat als solchem wurden an Aussprüchen von Plato, Hegel, Schleiermacher, Bismarck, Fichte, Treitschke, Spengler u. a. gezeitigt. Eine gewisse Zweifeltigkeit ist vorhanden, wie auch Luther unterscheidet zwischen dem Christen als solchem und dem Christen als Weltbürger. Naumann versuchte eine Brücke zu schlagen, aber eine gewisse Spannung bleibt und eine fertige Lösung der Frage wird es wohl kaum geben. Der Grundgedanke der Liebe und der Billigkeit müssen mitwirken an dem, was der Christ als Staatsbürger zu tun hat. Es kommt auch gar nicht auf den Erfolg an, den er etwa dabei hat, sondern auf die Erfüllung der ihm von Gott gestellten Aufgaben.

Darauf besprach der Redner einige Einzelfragen, z. B. den Rechtsgebrauch des Christen. Hier lasse sich wohl keine Norm aufstellen, es seien dem Christen Schranken gesetzt durch das Evangelium und durch die Liebe. Ebenso müsse wohl beim Strafrecht das reine Vergeltungsprinzip vom christlichen Standpunkt aus abgelehnt werden. Sodann besprach er noch die Stellung des Christen zum Scheidungsrecht, zur Eidesfrage und vor allen Dingen zur Kriegsfrage. Bekanntlich verweigern die Quäker aus radikalem Pazifismus heraus den Kriegsdienst, doch vermag der Redner die Kriegsdienstverweigerung nicht zu einer Allgemeinforderung zu machen, so wenig wie Luther, der allerdings in erster Linie nur den Verteidigungskrieg gelten lassen wollte. Auf der andern Seite aber sei es eine Selbstverständlichkeit, daß sich der Christ mit allen Mitteln für volle Erhaltung des Friedens einsetzen müsse. Zusammenfassend erklärte Stadtpfarrer Henwein, daß man bei seinen Ausführungen da und dort vielleicht von Halbheiten sprechen könne. Aber bei anderen vielleicht entschiedeneren und radikaleren Einstellungen sei es oftmals der Standpunkt der großen Worte oder aber die Furcht vor der Verantwortung. Die Bergpredigt erhalte den Christen in einer gewissen inneren Ruhe, und das sei gut so. Ueber allem aber stehe das „Nicht“, d. h. wir stehen immer noch in dem Kampf, der uns verordnet ist. Wir Christen haben die Pflicht der Verantwortung auf uns zu nehmen mit all den Spannungen und inneren Kämpfen, die diese Pflicht mit sich bringt. Aber darauf wird auch ein Segen ruhen.

Nach einer kurzen Besprechung, an der sich die Herren Stadtpfarrer Hermann, Dekan Kooß und Missionar Stahel beteiligten, schloß der Vorsitzende mit Worten des Dankes an den Redner und die in stattlicher Anzahl erschienenen Zuhörer, die den tiefgründigen und eindrucksvollen Ausführungen mit größtem Interesse gefolgt waren.

Winterportliches aus Bad Teinach.

Wenn die „langen Bretter“ in den Bühnenwinkeln wieder unruhig werden, weil sie wohl den ersten Schnee wittern, dann ist es Zeit, daß auch ihre Herren und Herrinnen sich wieder zusammenfinden zu geschäftlichen Besprechungen. Die Schartheilung Bad Teinach, die vor 5 Jahren als Untergruppe des Schwarzwaldvereins mit 8 Mitgliedern gegründet wurde und inzwischen auf 30 Mitglieder angewachsen ist, hielt am Samstag ihre Hauptversammlung im Gasthof zum Faß ab. An Stelle des nach Calw verzogenen Postsekretärs Single wurde Holzhandwerker Karl Lehmann jr. zum Vorsitzenden der Abteilung gewählt. Als Redner wurde Adolf Hafner, als Schriftführer Fr. Fuchs bestellt. In den nächsten Wochen sollen wieder regelmäßig Gymnastikabende stattfinden. Im Laufe des Winters wollen der Vorsitzende und Postmeister Stöckburger, die beide eine gute Vorbildung im Eislaufen genossen haben, Lehrnachmittage im Gelände abhalten. Als besonders hierfür geeignet wurde das Gelände von Sonnenhardt bezeichnet. Für den Winter ist auch ein Besuch des Kniebis und die Veranstaltung eines Preiswettfahrens geplant.

# KAMPF OMEGA

Roman von Kurt Martin 17. Copyright by Verlag Neues Leben, Bayr. Gmain.

„Wagete darauf“, fuhr Ibenstein fort, „daß es sich um zwei verschiedene Menschen handelt. Ich schließe auch darauf, daß dieser Professor Komitato oder sein Gefährte etwas von den Ereignissen hier weiß. Wir suchen vielleicht irgendwo in der Ferne, und dabei liegen die geraubten Papiere möglicherweise bei diesen Japanern.“

Der Professor forschte: „Und was sagst du, Klaus?“ „Es muß noch ein Mann hier sein, der uns bis jetzt völlig unbekannt ist. Du sagtest, der nächtliche Angreifer sei auffällig groß und stark gewesen. Diese Beschreibung paßt aber auf keinen dieser Menschen, die Herr Ibenstein jetzt aufzählte.“

„Stimmt! Das habe ich auch schon gesagt.“ Bert Ibenstein nickte. „Ja, dieser Unbekannte muß gefunden werden. Man möchte annehmen, daß es bei diesem Angreifer sich um einen Ausländer handelt. Ich will doch dann sogleich einmal nachfragen, ob unter den gemeldeten Ausländern einer ist, der durch besondere Größe auffällt.“

„Gut!“ „Findet sich ein solcher Mensch, so werde ich ihn mit genauer anschauen.“ Der Professor sah Klaus an. „Was ist mit Hilde Ohlemarck?“

Und Bert Ibenstein schaute gleichzeitig neugierig auf Klaus. Der berichtete: „Ihre Mutter ist deshalb so aufgeregt, weil heute schon die Polizei bei ihr war, wegen Daniel Volabazje. Sie weiß natürlich nichts von ihm. Er ist vorderhand verschwunden. Er hat auch nichts mitgenommen, so daß anzunehmen ist, er werde bald zurückkehren. Und Fräulein Hilde ist fortgelaufen, um ihren Vetter zu suchen.“

„Sol — Warum?“ „Weil sie ihm nicht traut. Du siehst also, Vater, daß sie ganz auf anderer Seite steht, daß sie ehrlich und treu zu uns hält, daß sie ihrerseits versuchen will...“

Der Professor unterbrach ihn. „Das ist damit ganz und gar nicht bewiesen! Sie kann ebenjogut mit ihm unter einer Decke stecken und ist aus Angst verschwinden.“

Bert Ibenstein fragte ernst: „Das Fräulein wußte also, wo die Papiere lagen?“ Der Professor fuhr ihn an: „Das habe ich Ihnen ja schon gesagt!“

„Schon recht, Herr Professor. Ich möchte nur bitten, nochmals nachzudenken, ob da nicht noch ein anderer Mensch den Aufbewahrungsort der Papiere kannte.“

„Klaus?“ Klaus jah den Vater an. „Ich habe bestimmt mit keinem Menschen darüber gesprochen. Es müßte denn sein, daß du selbst, Vater...“

Da kam er aber bei dem Professor schlecht an. „Bist du verrückt? Ich soll so etwas ausplaudern?“

„Vielleicht einem Menschen gegenüber, dem du vollkommen vertrautest...“

Klaus sprang auf. „Das ist ja Unsinn!“ Er griff sich an die Stirn. „Einmal freilich...“

Bert Ibenstein zog die Brauen hoch. „Bitte, fahren Sie fort, Herr Professor!“

Aber der wehrte: „Das ist ja gänzlich nebensächlich.“ Auch eine Nebenfrage kann von großer Bedeutung sein.

„In diesem Falle nicht.“ Klaus aber ließ nicht locker. „Vater, bedenke: Es ist für Fräulein Hilde eine Gefahr, den Aufbewahrungsort der Papiere gewußt zu haben. Dies Wissen kann sie unschuldigerweise in eine sehr schlimme Lage bringen. Du kannst das nicht verantworten.“

Der Professor schrie voller Zorn: „Was kann ich nicht verantworten? — Wo ist denn das Mädel? Sie soll doch herkommen! Wenn sie kein schlechtes Gewissen hat, braucht sie doch nicht zu verschwinden!“

„Vater, du hast vorhin etwas angedeutet. Sage jetzt alles! Du hast noch zu einem andern Menschen über den Platz gesprochen, wo die Papiere lagen?“

„Nein!“ „Und es muß doch so sein!“ „Nichts muß so sein! Hilde Ohlemarck hat ihrem Vetter alles erzählt. Sie braucht deshalb noch nicht mit ihm unter

einer Decke zu stecken; der Kerl kann sie ja ausgehorcht haben, und sie ließ sich trichterweise ausfragen.“

„Das hat Fräulein Hilde nicht getan!“ „Schwöre nur nicht auf sie! Sorge dich lieber darum, wie wir die Papiere wieder herbeischaffen. bevor sie Unheil anrichten können!“

Bert Ibenstein trommelte unruhig mit den Fingern auf die Tischplatte. „Dieser Max Ohlemarck könnte der Dieb sein. — Er könnte es! — Er muß es aber nicht sein. Seine Spur zu finden und zu verfolgen, überlasse ich der Polizei. — Der Mensch, der Sie nachts angriff, Herr Professor, war auf alle Fälle nicht Max Ohlemarck. Ich aber will diesen Menschen jagen! Ich meine, wenn ich diesen Mann gefunden habe, weit rascher alle Rätsel lösen zu können. — Denken Sie doch bitte, einmal alle drei nach! Hat denn niemals irgendein Bekannter oder eine Bekannte Sie um den Aufenthaltsort der Papiere gefragt?“

Da kam Leben in Ruth Klüber. „Doch! Professor Komitato hat mich unterwegs einmal darum befragt.“

„Das ist ja interessant!“ Der Professor murmelte: „Und das sagst du erst jetzt?“

„Ich vergaß es, Vater. Ich gab ihm ja auch keine Auskunft.“

Bert Ibenstein drängte. „Bitte, erzählen Sie das genauer!“

„Ich lief den beiden japanischen Herren ja öfters in den Weg. Sie suchten sicher diese Begegnungen. Wenn ich nicht unhöflich sein wollte, mußte ich mir ab und zu eine Strecke Wegs ihre Begleitung gefallen lassen, obgleich mir beide Herren zuwider sind. Da sprach Professor Komitato auch einmal von dem Giftgas. Er fragte, ob Vater die Aufzeichnungen über seine Erfindungen denn auch sicher verwahre, ob er sie im Hause habe oder vielleicht in seinem Bankfach. Ich sagte, das wisse ich nicht.“

Der Detektiv sah sie anerkennend an. „Sehr gut haben Sie das gemacht! Und hat dieser Professor seine Frage wiederholt?“

„Nein, er kam nie mehr darauf zu sprechen. — Auch sein Gefährte nicht.“

„Die Japaner kümmerten sich also um das Giftgas! — Haben die zwei denn nicht auch mit Ihnen darüber gesprochen, Herr Professor?“

(Fortsetzung folgt.)

Seit einer Reihe von Jahren veranstaltet die Leitung des Evangelischen Volksbundes Hirsau im Laufe des Winters Vortragsabende, die sich regelmäßig eines sehr guten Besuchs zu erfreuen haben.

Vetrüger gefaßt

Die Staatsanwaltschaft hat jetzt einem Vetrüger das unsaubere Handwerk gelegt, der in den Bezirken Calw, Nagold und Neuenbürg - z. B. in den Gemeinden Neuweltler, Rohrdorf, Edelweiler, Engtal u. a. - mehr als zehn Gasthofbesitzer betrogen hat.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Im Osten liegt ein Hochdruckgebiet, doch nähert sich von Island eine Depression. Für Mittwoch und Donnerstag ist aber vorläufig noch mehrfach heiteres Wetter zu erwarten.

Stammheim, 2. Nov. Förster Haug von hier ist am Montag mittag im Walde an einem Herzschlag gestorben. Der rasch herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Calmbach, 2. Nov. Die gestern stattgefundene Bürgermeistervwahl brachte 90 Prozent der Wähler an die Urne. Von 1771 Wahlberechtigten waren 1585 Stimmen gültig.

Auf die Bekanntmachung über die Abhaltung von Kursen über Weinbehandlung an der Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Weinsberg wird hingewiesen.

Mütterberatungsstunde morgen Mittwoch, den 4. November 1931, nachmittags 3 bis 4 Uhr, im Hause der Frau Ludwig Schütz, Witwe, Bischofstraße Erdgeschoss links.

Preis-Abbau Neben meinen seitherigen, als anerkannt ausgezeichneten Eier-Teigwaren kann ich infolge besonderer Umstände eine zweite gute Eierqualität zu 50, 47 und 45 das Pfd. (der Abnahme entsprechend) verkaufen.

Klein. Wohnhaus Marktplatz-Nähe, sehr preiswert zu verkaufen. Vorhanden sind 2 Wohnungen mit je 3 Zimmern und reichlich Nebengelassen.

1205, und der seitherige Bürgermeister 380 Stimmen. Gemeinderat Bott ist somit zum Bürgermeister gewählt.

Wildbad, 2. Nov. Am Sonntag wurde in Sprollenhäus die neuerbaute Kirche in Anwesenheit des Herrn Prälaten D. Dr. Schöell eingeweiht.

SCB. Poltringen O.A. Herrenberg, 2. Nov. Sonntag nacht wurde der 20jährige Hermann Bauer von einem Motorradfahrer angefahren, wodurch er den linken Unterschenkel brach.

SCB. Schönmünzach, D.-A. Freudenstadt, 2. Nov. Der im nahen Schwarzenberg wohnhafte Schulbauer und Gemeinderat Frei ging am Freitagabend mit seinem beleuchteten Dönsenfuhrwerk hier vom Gasthof zum Schiff weg.

Turnen und Sport

Fußballsport

Gruppe Württemberg

- Germania Brödingen - VfR. Heilbronn 1:1. FC. Pforzheim - FB. Zuffenhausen 3:3. Stuttgarter Kickers - Sportfr. Ehlingen 1:3. SpB. Feuerbach - FC. Birkenfeld 5:0. Union Bäckingen - VfB. Stuttgart 3:3.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

L. C. Berliner Produktenbörse vom 2. November.

Weizen, märkischer 224-227; Futterweizen 209-211; Sommerweizen 226-229; Roggen, märkischer 196-198; Gerste 172-175; Futter- und Industrieergerste 166-171; Hafer, märkischer 148,50-154,50; Weizenmehl 29,25-32,75; Roggenmehl 27,75-29,75; Weizenkleie 10,50-10,75; Roggenkleie 10-10,50; Viktoriaerbsen 22-29; kleine Speisererbsen 25-28; Pelusiden 17-19; Ackerbohnen 16,50-18; Wicken 17-20; Lupinen, blaue 11-13; dto. gelbe 13,75-16; Seradella, neue 23 bis 32; Leinfüchen 13,80-14; Erdnufüchen 12,80; Erdnufüchenmehl 12,90; Trodenschnitzel 6,20-6,30; Soyabohnenschrot 12,80; Speisekartoffeln, weiße 1,45-1,55; dto. rote 1,70 bis 1,90; Obenwälder, blaue 1,80-2,10; andere gelbfleischige 2,00-2,30; Fabrikkartoffeln in Pfg. 6,5-7,5. Allgemeine Tendenz: Fest.

Eingefandt

Wer die unter dieser Rubrik gedachten Beschlüssen übernimmt die Schriftleitung nur die rechtliche Verantwortung.

Erwiderung

auf die Einwendung in Nr. 256 des GZ.

Ich hatte gar nicht die Absicht, noch einmal die Feder zu ergreifen, um auf die verschiedenen Eingefandt zu antworten, doch dem Herrn Auheibeamter, der mich und die gesamte Landwirtschaft auf eine routinierte Art und Weise angreift, kann ich die Erwiderung nicht ersparen, um so mehr, als ich von Stadt und Land durch telephonische Anrufe aufgefordert worden bin, mich über diesen Artikel zu äußern.

Zum Auheibeamten zurückkehrend, will ich einmal allgemein feststellen, daß sein von ihm geschriebener Artikel von Eintracht, Zusammenarbeit und Gerechtigkeit nichts, von Zutracht, Eader und Mißgunst sehr viel finden läßt. Es ist von Anfang bis zum Schluß ein Angriff gegen die Landwirtschaft, wie man solchen nicht schlimmer finden kann.

Geben Sie doch hinaus und überzeugen Sie sich von der unglaublichen Not bei unserem gesamten Landvolk, dann können Sie vielleicht verstehen, woher die Zwangsversteigerungen, von denen Sie täglich lesen können, kommen. Haben denn Sie eine Ahnung, was es heißt, von Haus und Hof vertrieben zu werden, die Scholle seiner Väter verlassen zu müssen? Ueberlegen Sie sich doch, was es heißt, dagegen ein gesichertes, garantiertes Einkommen und im Alter eine Pension zu haben.

Erst vor einigen Tagen war eine Bäuerin bei mir mit einem Steuerzettel von 79,15 M für 5 1/2 Morgen Feld. Das ist aber nicht ausnahmsweise hoch, denn im Durchschnitt lastet auf dem Morgen 20 M. Irgendine Rente ist aber heute bei diesen gesunkenen Preisen nicht mehr herauszubringen. Doch das ist dem Staate und Gemeinden gleichgültig, Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe haben zu bezahlen, ob sie Einkommen haben oder nicht.

Man käme fast in Versuchung, eine Tabelle anzuhängen, in der darinnen stände, was uns zur Zeit der persönliche Aufwand im Reich, Land und Gemeinden gegenüber im Jahre 1911 kostet. Doch das wollen wir lieber unterlassen. Eins aber ist wohl selbstverständlich, daß es leichter geht, bei einem Einkommen von 12000 bis 2190 M Steuer zu bezahlen, als wenn man kein Einkommen hat und doch noch Steuer bezahlen soll.

B. Dingler, M. d. N.

Stammheim, den 3. November 1931.

Todes-Anzeige



Betroffenen, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Vater und Großvater

Mathäus Haug

Förster

im Alter von 62 Jahren gestern mittag unerwartet rasch uns entlassen wurde.

Um stille Teilnahme bitten: Frau Emilie Haug, mit Angehörigen. Beerdigung Mittwoch nachmittag 2 Uhr.

Bad Liebenzell, den 2. November 1931.

Dankfagung



Für die überaus herzliche Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen

Johannes Strobel

sagen wir allen herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir dem Herrn Geistlichen für die trostreichen Worte, für die schönen Blumen-spenden, sowie für den erhebenden Gesang des Kirchenchors und allen denen, die ihn während seiner Krankheit besuchten und erfruchten und ihn zu seiner letzten Ruhestätte begleiteten.

Die trauernden hinterbliebenen Geschwister nebst Angehörigen.

Verloren

ging von Bäckerei Schabbe bis Bahnhof ein Bäckchen mit Bektelungs-schilden. Die Verlorene ist ein armes Mädchen, es wird daher der Finder gebeten, die Gegenstände auf der Geschäftsstelle dies. Bl. gegen Belohnung abzugeben.

Hypothekengelder

auf l. Recht, innerhalb 40% coulant und Diskret. ou nur gute Objekte auszuliehn.

Näheres auf Anfrage nnt. S. P. 257 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Radio-Anlage

(Mende) mit Kraftverstärker Regan-schluss dyn. Lautsprecher, 2 Akku kompl. M.180.- verkauft

E. Bindner Bahnhofstraße 35.

Billig zu verkaufen:

Schlaffova

mit Umbau Tisch mit großer Schublade Marmorauflage für Waschtisch (alles neuwertig). Teuchelweg 15

Leeres Moßfaß

zu kaufen gesucht (3-4 Monate). Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Die schönsten Kleider zu billigsten Preisen bei KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

Bis 7. November

10 Prozent Rabatt

Schlupfhosen, Unterröcke, Tag- und Nachthemden, Strümpfe, Stickeren, Knöpfspitzen, Hemdenläger, Hemdenkragen weiß und farbig usw.

kaufen Sie bei uns billig und gut. Geschwister Stanger.

Ein neuer sowie ein gebräuchter

Mantel

für Knaben im Alter von 10-14 Jahren wird billig verkauft

Altburgerstraße 34.

Bringe morgen Mittwoch prima

Tafeläpfel und Kartoffel

auf den Markt (vor der Ratskuche). Albert Braun Hochdorf D. N. Horb.

Hirsau.

Eine ältere hochtrachtige

Mug- und Schaffkuh

verkauft Rudolf Morgeneier

Ein größeres Zimmer

mit Küche zu vermieten. Zu erfragen bei der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Der heutigen Stadtausgabe liegt ein Prospekt der Firma Bamberger und Herb, Herrenkonfektion, Stuttgart bei.

Deckensprenn

Der Unterzeichnete verkauft einen gut erhaltenen Einipänner-Wagen samt Koffgeschirr und 2 gute trachtige Schaffkühe

Melchior Hengel

Inferieren bringt Gewinn